

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzel-Nr. 6.— Wt. Durch Ausstrager 30.— Wt. pro Woche. Durch die Post 30.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag, Redaktionspreis: 6.— 6 Nachm. Produktionsgenossenschaft f. d. Provinz Schlessen, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 21059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8837.

Donnerstag, 26. Oktober 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 10.— Wt. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2,50 Wt. Kleine Anzeigen per Wort 1,50 Mark. — Nettolänge: Die Millimeterzeile 9 gespaltene über deren Raum im Text 30.— Wt.

„Es lebe der Präsident der Stinnes-Republik!“

Genosse Kölein im Reichstag.

Reichstags-Sitzung vom 24. Oktober 1922.

Der Reichstag hielt heute, obgleich sehr wichtige Tagesordnungspunkte zu erledigen waren, wieder eine seiner berühmten Galoppfahrten ab. Hätte er sich nicht durch ein Duzend namentliche Abstimmungen aufgehalten, dann hätte er seine 9 Tagesordnungspunkte in 2 Stunden durchgepeitscht.

Nach einigen kleinen Anfragen wird eine demokratische Interpellation betr. Lehrerbildung der Regierung zur Beantwortung überwiesen. Ohne Debatte wird die vierte Ergänzung der Befolgungsvorschriften einem Ausschuss überwiesen, und die Vorlage über Zuderungsfrist der diesjährigen Weinrente in allen drei Befolgen angenommen. Ebenfalls debattelos werden die dritten Befolgen der Vorlagen betr. die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten und Getreideumlage erledigt. Mit einigen kleinen Veränderungen wird in dritter Lesung das Angekellertenversicherungsgesetz angenommen.

Infolge des Versagens des Verständigungssystems im Reichstag beantragte Genosse Koenen, sowie Ledebour die Debatte über die Amtsverlängerung des Reichspräsidenten und über die Getreideumlage nochmals zu eröffnen. Da eine stillschweigende Verabredung der Koalitionsparteien zur Ueberrumpfung der Opposition vorlag, wodurch nach Ledebours Worten der Ruin des Parlamentarismus befeuert wurde, wurde der Geschäftsverordnungsantrag Koenen-Ledebour abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wurde hierauf der Antrag der fünf Parteien auf Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 mit 314 gegen 76 Stimmen, also mit der für Verfassungsänderungen notwendigen Mehrheit, angenommen.

Ein deutschnationaler Antrag, die Verkündung dieses Beschlusses auf zwei Monate hinauszuschieben, um inzwischen einen Volksentscheid herbeizuführen, wird mit 310 gegen 77 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Reichstagspräsident Löbe erklärt, das Präsidium des Reichstages werde sich unmittelbar nach dem Schlusse der Sitzung zum Reichspräsidenten begeben und ihn fragen, ob er dem sofort in Kraft tretenden Beschluß bezw. dem Ersuchen des Reichstages stattgeben will. (Genosse Kölein ruft ironisch: „Es lebe der verlängerte deutsche Reichspräsident von Stinnes Gnaden!“)

Inzwischen geht der parlamentarische Kuhhandel hinter den Kulissen zur Beilegung der Regierungskrise weiter, und wenn auch die Mark weiter fällt, so hat man doch nun einen stabilisierten Reichspräsidenten. Ebert freute sich über Löbes Besuch und erwiderte ihm, daß zum Zeichen der Beendigung des provisorischen Zustandes auf dem Gebäude des Reichspräsidenten bei seiner

Anwesenheit nunmehr ständig dessen Standarte gezeigt werden solle. Davon wird das Volk nun ganz gewiß satt werden. Ebert weiß sich auch sonst schon diplomatisch zu benehmen und machte eine halbe Stunde später dem Reichstagspräsidenten einen Gegenbesuch.

Vor der Schlußabstimmung über die Getreideumlage beantragten Koenen und Ledebour nochmals die Wiederaufnahme der Debatte, zumal das Volk vom Reichskanzler erfahren müsse, was die Koalition hinter den Kulissen ausgeheckt habe. Koenen erklärte, der Appell an die Wähler sei notwendig und verliest das Schreiben, in dem der Reichsausschuss der Betriebsräte verlangt, daß seine Vertreter vor Annahme der Getreideumlage gehört werden, da es sich bei der unerträglich gewordenen Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände um einen äußerst folgenschweren Beschluß handelt.

Nachdem Abg. Dittmann (Soz.) sich dagegen ausgesprochen, wird die Wiederaufnahme der Debatte abgelehnt. So springt auch die USPD mit den Wünschen des arbeitenden Volkes um. Die namentliche Abstimmung über die Getreideumlage nach den Beschlüssen der zweiten Lesung (Verbierfugung des Preises) ergibt 236 Stimmen dafür, 160 Stimmen dagegen. Hiermit ist die Brotwuchervorlage angenommen.

Die Abgeordneten Ledebour und Koenen beantragen dann noch Aussetzung der Sitzung auf eine Stunde, um dem Reichskanzler noch Gelegenheit zu geben, sich darüber zu äußern, auf welche Parteien er sich in Zukunft stützen gedenkt. Nach dem Ausfall der letzten Abstimmung sei die Mehrheit für die bisherige Politik zerfallen und der Reichstag reif für die Auflösung, wenn die Sozialdemokraten nicht geschäftsmäßige Kuhhändler wären. Koenen schließt mit der Hoffnung, daß wenigstens die, die sich sozialistisch nennen und demokratisch sein wollen, jetzt hervortreten und sagen, die Koalition ist zerbrochen. Wir brauchen ein neues Regierungsprogramm, sonst wird bei der Vertagung des Reichstages die ruinierte Regierung das deutsche Volk weiter auswuchern und weiter mit Hilfe der USPD. blamieren.

Der Antrag wurde jedoch gegen die kommunistischen Stimmen und gegen den Antragsteller Ledebour abgelehnt. — Zum Schluß wurde noch das Gesetz über die Gehaltspfändung (untere Grenze 100 000 Wt.) in dritter Lesung angenommen.

Der Reichstag vertagte sich hierauf bis Dienstag, den 7. November. Man hofft bis dahin die große Koalition mit Wirth an der Spitze, dem man heute eine gewisse Müdigkeit nachsagte, zu stabilisieren. Die Sozialdemokratie dürfte bis dahin zu allem bereit sein; sie hat der Koalition zuliebe schon soviel getan, daß ihr zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. — Die Tagesordnung der nächsten Sitzung bleibt dem Präsidenten überlassen, gegebenenfalls auch die Zusammenberufung des Reichstages schon vor dem 7. November.

Die Niedergangsperiode des Kapitalismus.

Von Eugen Varga.

Wenn wir die Entwicklung des abgelaufenen Wirtschaftsjahres im ganzen überschauen, so können wir folgendes feststellen:

Der Kapitalismus hat im verfloffenen Jahr etwas an Festigkeit gewonnen und zwar durch die ihm innewohnenden immanenten Tendenzen zur Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts. Solche Tendenzen entstehen aus Handlungen einzelner Wirtschaftssubjekte zur Erhöhung ihres Profits. Da keine Möglichkeit besteht, die in den „Ueberproduktionsgebieten“ unteräußlichen Waren am Weltmarkt zu profitablen Preisen zu veräußern, stellen viele einzelne Kapitalisten ihre Produktion ein; Ergebnis: Verminderung der Produktion. Da infolge der Entwertung des Geldes die Preise der ausländischen Waren in den „Unterproduktionsgebieten“ scharf steigen, wird ihr Konsum eingeschränkt, ihre Produktion im Inlande selbst versucht. Gesamtergebnis: Tendenz zur Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichtes zwischen reichen und verarmten Ländern. In derselben Richtung wirkt die „Ueberfremdung“: das in den reichen Ländern überschüssige Kapital wird in den verarmten Ländern zum Ankauf von Aktien, Piegenschaften usw. verwendet, in der Produktion angelegt. Die das frühere Gleichgewicht störende Industrialisierung der Kolonialländer wird durch rücksichtslose Konkurrenz der alten Industrieländer bekämpft; der Mangel an Lebensmitteln in den Industrieländern durch Ausdehnung der Landwirtschaft daselbst. Aber all dies privatkapitalistisch, nicht gesellschaftlich, sondern unbewußt, dem antagonistischen, seine eigenen Gesetze nicht kennenden Wesen des Kapitalismus entsprechend. Diese unbewußten Tendenzen haben während des vergangenen Jahres beigetragen. Aber sie hatten nicht die Kraft, das Gleichgewicht der kapitalistischen Weltwirtschaft wieder herzustellen. Um so weniger, weil gleichzeitig die bewußten Bestrebungen zur Herstellung eines weltwirtschaftlichen Gleichgewichtes ganz und gar erfolglos blieben. Bewußte Bestrebungen nenne ich wirtschaftspolitische Maßnahmen, die nicht dem Zwecke einer unmittelbaren Erhöhung des Profites einzelner Wirtschaftssubjekte, sondern dem Zwecke der Ueberwindung der Krise dienen.

Die wichtigste Linie dieser Bestrebungen war der Wunsch, die ungleichmäßige Verteilung der Produktionskräfte zwischen den Ländern der zweiten und dritten Gruppe zu beheben. Dies sollte geschehen:

a) Durch Entferrnung einer der Ursachen der Reproduktion auf vermindertem Stufenleiter in den Ländern Europas: die Streichung der Interalliierten und Reduzierung der Reparationslasten. Denn obwohl von den Alliierten erst England im Begriffe steht, die erste Rate der Zinsen und Amortisation seiner Schuld an die Vereinigten Staaten zu bezahlen, so lasten diese Verpflichtungen ungemein schwer auf den bereitwilligen Ländern und untergraben ihre internationale Kreditfähigkeit. Das Beispiel der Reparationszahlungen zeigte, wie ungemein schwierig es für kapitalistische Länder ist, nicht nur große Wertmassen ohne Gegenleistung hinzugeben, sondern auch anzunehmen! Wäre das Schuldnerland eines der Länder aus dem Gebiete der relativen Ueberproduktion, so würde die Uebertragung von großen Wertmassen ohne Gegenleistung in der Richtung zur Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichtes wirken. Zunächst geht die Kette der Verpflichtungen in der umgekehrten Richtung: die Vereinigten Staaten und England, jene Staaten, die vor allem daran leiden, daß der Weltmarkt für ihre im Lande überschüssigen Produkte keinen zahlungsfähigen Bedarf hat, sind die eigentlichen Gläubiger: sie sollen jährlich Milliardenwerte ohne Gegenleistung in Empfang nehmen! Dies kann in letzter Linie nur in Warenform geschehen, würde also — wenn geleistet — nur die Ueberproduktion im eigenen Lande vergrößern. Und die Schuldner sind Staaten der dritten Gruppe, Staaten, die an einer ungenügenden Akkumulation oder an Desakkumulation leiden. Eine Abgabe von Werten ohne Gegenleistung würde ihre Wirtschaftslage alsbald katastrophal gestalten, wie es das Beispiel Deutschlands beweist.

Die Zweiseitigkeit und Kapitallosigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik beweist am besten die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten auf der Bezahlung der alliierten Schulden bestehen, gleichzeitig aber durch eine Zollmauer die Wareneinfuhr zu verhindern versuchen, daß Frankreich die volle Bezahlung der Reparationen von Deutschland fordert, gleichzeitig aber sich gegen die Konkurrenz deutscher Waren auf dem französischen Markte wehrt.***)

b) Kredite an die verarmten Länder der dritten Gruppe. Das Gleichgewicht der kapitalistischen Wirtschaft könnte nur wiederhergestellt werden, wenn außer der Streichung der interalliierten Schulden und einer gründlichen Reduzierung der Reparationslasten eine großzügige Uebertragung von Produktionsmitteln aus den reichen an die armen Länder geschieht. Unter kapitalistischen Verhältnissen erfordert dies große internationale Kreditaktionen. Aber alle derartigen Pläne sind bisher gescheitert. Sie sind im Wesen gescheitert — von den ideologischen Momenten des Hisses gegen die gewissenlosen Feinde abgesehen — an dem Widerstand des englischen und amerikanischen industriellen Kapitals, das eine Wiederaufrichtung Deutschlands als industrielle Großmacht nicht dulden will. Das industrielle Kapital der angelsächsischen imperialistischen Mächte will die volle Ausnutzung des Sieges in der Form, daß ganz Mittel- und Osteuropa — wenn möglich auch

Reichstag und Kriegsbeschädigte.

Wie weit die Verküpfung der USPD schon gediehen ist, konnte in der Montags-Sitzung des Reichstages beobachtet werden. Unsere Parteigenossen beantragten, die vor etwa zwei Jahren zuletzt geregelten Rentenbezüge der Kriegsbeschädigten zu verdreifachen. Die Regierung hatte eine Verdoppelung vorgezogen und verknüpfte sich hinter dem Finanzlande des Reiches, bezw. sie erklärte, einer endgültigen Regelung dieser Materie, die „demnach“ erfolgen sollte, nicht vorgezogen zu wollen. In der Abstimmung über unseren Antrag, der gewiß das beherrschende Maß nicht überstieg, fiel die USPD nach der Regierungseite um und stimmte ihn mit allen bürgerlichen Parteien mit. Eine Ausnahme machten nur der Abg. Juchacz und Frau Jiegler, Württemberg, die für unseren Antrag stimmten.

So sieht die Radikalisierung der Sozialdemokratie nach dem Hinzutritt der Dühringier und Rosenfelder aus.

Surrapatrisotismus im Preussischen Landtag.

Heute fanden im Landtag die Interpellationen über das besetzte Gebiet zur Debatte. Eine nationale Einheitsfront von den Deutschnationalen über die Stimmenspartei bis zur Partei des Mörders Kautzners beauftragte einen Deutschvolksparteiler, im Namen der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Kammerden Protest gegen die Rechtsdenkung der interalliierten Kommission im Falle des französischen Agenten Smeets zu erheben.

Die Klassenbewußte Arbeiterschaft lehnt ganz entschieden die Separationsbestrebungen dieses Smeets und Konforten ab. Sie läßt sich weder durch das separatistische Votum des Smeets noch durch das nationalistische Wesen des Sozialdemokraten Solkmana vom Boden des Klassenkampfes gegen das deutsche Schwerkapital und gegen den französischen Imperialismus abdrängen. Es ist richtig: der Eingriff der Rheinlandskommission in die Urteilsvollstreckung im Falle Smeets stellt für den deutschen Richter eine Rechtsbeugung und eine Verletzung der Unabhängigkeit des deutschen Richters dar, einen Schlag gegen die deutsche Staatsouveränität dar. Wer soll deshalb die Klassenbewußte Arbeiterschaft mit den deutschen Klassenrichtern, mit den deutschnationalen Gefellen eine Einheitsfront bilden?

Viele tausend deutscher, proletarischer Klassenkämpfer sind von dem weißgardistischen Offiziersgesindel ermordet worden, sein Staatsanwalt hat eingegriffen. Kein Richter hat die Mordtaten zur Rechenschaft gezogen. Zehntausende von schmachvollen Rechtsbeugungen hat die deutsche Klassenjustiz gegen das Proletariat begangen. Und jetzt mit denjenigen protestieren, die uns auf Grund ihres Klassenrechtes unzählige Male vergewaltigt haben, das diese uns zum Mitschuldigen machen an den Klassenmorden, die die bürgerliche Justiz künftig noch über Mitglieder unserer Klasse verhängen wird.

Den Kommunisten, die zum Fall Smeets und einer im echt nationalistischen „gutpreussisch aller Wege“ gehaltenen Erklärung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun reden wollten, wurde von der preussisch-nationalen Einheitsfront von Helfferich bis Crispian das Wort abgeschnitten.

Zirkus Richthofen!

Richthofen tritt als Clown auf. Er macht die tollsten Witze, wie wir aus dem „Schlesischen Landbund“ vom 7. Oktober erfahren. J. B. erzählt er mit ernster Miene, daß „tiefbedauerliche Erscheinungen“ eintreten würden, wenn die Dividenden der Aktionäre gering wären. Demnach sind die fetten Freunde der Kapitalisten ein besonderer Segen für die Arbeitenden. Wer will das bestritten? Allein die seelischen Vorteile für die Proleten sind hervorragend. Sie brauchen nicht so mühselig, wie das bekannte Kamel, durch ein Nadelöhr ins Himmelreich eingehen und können sich täglich üben in dem Gebot: „Du sollst nicht begehren...“

Richthofen zeigt auch seine Kunst als Zahlenjongleur. Einige Proben: „Es sei hier ein Betrieb von 100 Morgen mittlerer Beschaffenheit zugrunde gelegt. Das Einkommen, das früher im ganzen 30000 bis 40000 W (wovon die Zinsen für Hypotheken abgehen) betrage, hat, beträgt heute höchstens 50000 bis 700000 Mark. Bei den schwankenden Verhältnissen können genaue, rechnerische Unterlagen nicht gegeben werden. Im günstigsten Falle hat sich also das Einkommen verzehnfacht.“

Die Wirkung ist überraschend. Wir haben sie einem Substanz vorgelesen und es fing an zu lachen in verklärter Weise. Das ist schließlich kein Wunder. Denn es ist lächerlich, daß Richthofen nicht einmal seine Einnahmen angeben kann. Die Sache würde dann leicht auf den Morgen umzurechnen sein. Lächerlich ist ferner, jemand glauben machen zu wollen, die Einnahmen eines Guts bestücker von 1000 Morgen hätten sich höchstens verzehnfacht. 500000 bis 700000 Mark sind heute die Brutto-Einnahmen von ca. 25 Morgen Land. Demnach müßte der Ertrag von den übrigen 975 Morgen, ganz aufgehen zur Begleichung der Unkosten.

Dieser Schwindel ist selbst dann noch zu durchsichtig, wenn man wie Richthofen, eine 160 fache Steigerung Landarbeiterlöhne einseht. (Für einen vollwertigen Arbeiter müßte der Lohn nach der Rechnung Richthofens heute 128000 Mark pro Jahr betragen. Dies wäre immer noch gering genug angesichts der vierhundert- und fünfhundertfachen Steigerung der Preise für Agrarprodukte. Der angegebene Lohn wird aber bei weitem nicht bezahlt. D. Red.)

Nun zurück zum Zirkus. Richthofen erklärt: „Das Vermögen, das Einkommen (die Rente) verringern sich sprunghaft mit der Entwertung des Geldes und nirgendwo ist eine Vermehrung der Vermögen oder der Einkommen vorhanden.“

Richthofens Besitz an Grund und Boden und an Luxusgegenständen ist bei einem Marksturz morgen kein Zota kleiner als heute. Andererseits aber verstehen die Richthofens die Preise für Agrarprodukte ebenso sprunghaft zu erhöhen, wie der Dollar steigt, teilweise sogar noch mehr. Dagegen bleiben die Landarbeiterlöhne immer weiter hinter den hohen Preisen zurück. Also die großagrariischen Ausgaben für Löhne werden verhältnismäßig geringer, den Profit davon haben die Herren Agrarkapitalisten. Außerdem werden die Steuern durch jede Markentwertung geringer, denn heute ist noch nicht die Veranlagung der Einkommensteuer der Besitzenden für 1920 abgeschlossen. Die Bezahlung mit dem inzwischen rapid entwerteten Papiergeld bedeutet, eine Verringerung der Steuer um das 40 bis 50 fache, während die Steuer dem Arbeiter sofort abgezogen wird. Die Entwertung des Geldes verringert für die Kapitalisten in Industrie und Landwirtschaft die Ausgaben für Lohn und Steuern, bedeutet aber Erhöhung der Profite, Vergrößerung des Reichtums und für die Arbeiter vermehrtes Elend.

All das Letztere wird natürlich im Zirkus Richthofen nicht gezeigt. Es werden auch nicht die Gründe der Geldentwertung, (Kapitalflucht, Spekulation, Verschleuderung der Waren ins Ausland, um Valutaprofite zu machen, Wirtschaft usw.) hervorgehoben. Bevor dies alles zur Ausführung kommt, fällt der Vorhang. Richthofen ist trotz allem diskret, wenn das kapitalistische Interesse es erfordert.

Hungerstreik im Hallenser Gefängnis.

Seit Freitag befinden sich im Kirchtorgefängnis eine Anzahl kommunistischer Beschäfteter im Hungerstreik, um ihre Entlassung oder die Anberaumung eines Verhandlungstermins zu erzwingen.

Herr Justizminister, Sie sind Sozialdemokrat! Werden Sie etwas veranlassen? Und was werden ihre Weis Dittman, Crispian, Rosenfeld usw. tun? Werden Sie etwas veranlassen? Ihr, die Ihr mit Protesten, Resolutionen sofort bei der Hand seid, wenn irgend welche Schwindelnachrichten über die Sozialrevolutionäre in die Welt gesetzt werden!

Für die deutsche Arbeiterchaft ist es keine Ehre, daß die bürgerliche Klassenjustiz noch immer hunderte revolutionäre Klassenkämpfer in den Zuchthäusern halten kann. An die sozialdemokratischen Arbeiter geht vor allem die Mahnung: Zwingt Eure Ministergenossen, die gefangenen Klassenkämpfer freizulassen!

Der Bund für „Schwindel und Fälschung“.

Um seinen wahren Charakter zu verbergen, um die Öffentlichkeit zu täuschen, hat der sogenannte Bund für „Freiheit und Ordnung“ den Demokraten Kopfsch und den Zentrumsmitgliedern Pfeiffer in seinen Einladungen als Vorstandsmitglieder des Bundes bezeichnet. Die Namen hat man auch gegenüber der Polizei als Träger von Vorstandsaemtern bezeichnet. Alles Schwindel.

Herr Kopfsch hat bereits öffentlich erklären lassen, daß er niemals Mitglied des Bundes geworden sei. Und nun

Der Vertreter des Reichsinnenministeriums teilte mit, daß die Regierung noch vor Weihnachten einen Entwurf zum Verbotsgesetz vorlegen werde. Daraufhin bezeichnete der Genosse Dr. Rosenfeld es als unmöglich, vorher noch eine Spezialbestimmung zu treffen, die nachher womöglich mit dem Verbotsgesetz unvereinbar sei. Auch diese Argumente fanden bei den bürgerlichen Parteien keine Anerkennung.

Aus diesen gewundenen Ausführungen, denen man die Verlegenheit nur zu deutlich anmerkt, ist klar ersichtlich, daß die bürgerlichen Parteien mit aller Macht auf Strafbestimmungen gegen kommunistische Versammlungsversammlungen, d. h. gegen Sprengung reaktionärer Versammlungen durch Arbeiter, drängen und die Sozialdemokratie ihre in Drängen schon halb nachgegeben hat. Unsere Behauptung, daß die Sozialdemokratie die Verlängerung der Versammlungsfrist mit dem Versprechen eines Kommunistengesetzes bezahlt hat, findet darin ihre volle Bestätigung. Voraussich verhandelt sich die SPD. noch hinter das „vor Weihnachten vorzuliegende Verbotsgesetz“, da sie die Empörung der Arbeiter über ihre Handlangerdienste für die Orgel nach den Ereignissen der letzten Woche fürchtet. Aber die Stärke ihres Widerstandes gegen die Forderungen der bürgerlichen Parteien ist bekannt.

Die Arbeiterchaft muß diesen Kuhhandel um die Versammlungsfreiheit mit der schärfsten Wachsamkeit verfolgen. Sie kann nicht dulden, daß in einer Zeit höchster wirtschaftlicher Not und der Ueberhandnahme konterrevolutionärer Umtriebe die Versammlungsfreiheit der Orgel geschäft, ihre eigene praktisch wertlos gemacht wird.

4000 Krupp-Arbeiter freilos entlassen.

Am Sonnabend, den 21. Oktober, hatten die streikenden Metallarbeiter der Firma Krupp beschlossen, die Arbeit am Montag in vollem Umfang wieder aufzunehmen. Doch Montag früh fanden die Arbeiter der Lokomotiv- und Wagenbau-Betriebe die Tore verschlossen. Anschläge folgenden Inhalts waren angelegt:

Die gesamten Fabrikbetriebe sind geschlossen. Wer am Sonnabend gearbeitet hat, ist bis auf weiteres beurlaubt. Bis zur Eröffnung der Betriebe melden sich diese Leute von morgen an der jedem Schichtwechsel in der Fabrik!

Alle streikenden Arbeiter sind also entlassen. In Betracht kommen etwa 4000. Bis jetzt haben die Verbände noch keine Stellung dazu genommen. Von der Ortsverwaltung Essen des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind drei Kollegen sofort nach der Hauptverwaltung in Stuttgart gereist, um über die Sachlage Bericht zu erstatten.

Dieses Vorgehen Krupps zeigt, daß er mit den übrigen Industriellen zur Machtprobe treibt. 4000 streikende Metallarbeiter werden freilos entlassen. Gleichzeitig verläßt die Krupp-Direktion die übrigen Arbeiter des Lokomotiv- und Wagenbaus, die nicht gestreift hatten, aus ihrer Hand freisetzen zu lassen, indem sie sie ebenfalls auf die Straße wirft und zu jedem Schichtwechsel an die Fabrikttore beordert. Die Firma Krupp will damit heute schon einen Teil ihrer Belegschaft zermürben, vor allem auch darum, weil zugeit im ganzen Industriegebiet die Metallarbeiter über den Streik abstimmen und ein allgemeiner Kampf in der Metallindustrie zu erwarten ist.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat die Pflicht, die Ausgesperrten mit allen Mitteln zu unterstützen. Ein Zurückweichen vor Krupp würde die Satereien der Metallarbeiter Rheinland-Westfalens, ja des ganzen Reiches auf schwerste schädigen.

Wie wird die Kapitalflucht verhindert?

Der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Kapitalfluchtgesetzes. Es handelt sich hierbei um Ergänzungen, die die deutsche Regierung auf Grund der Verpflichtungen, die sie gegenüber der Reparationskommission übernommen hat, vornehmen muß. Angeleht sollen durch den Entwurf Verschärfungen der bisherigen Fassung des Gesetzes erreicht werden. Die Ausfuhr von Kapital ist künftig ohne die vorherige Genehmigung des Finanzamtes verboten. Aber von diesem Genehmigungs-zwang sind alle Personen und Unternehmungen ausgenommen, die von der zuständigen Handelskammer eine Bescheinigung besitzen, daß ihr Gewerbebetrieb regelmäßig Geschäfte mit sich bringt, zu deren Abwicklung Zahlungen nach dem Auslande notwendig sind. Was für es da, wenn im Entwurf hervorgehoben wird, daß diese Forderung nur für solche Zahlungen gilt, die innerhalb des regelmäßigen Geschäftsbetriebes vorgenommen werden. Darf man behaupten, die Aufhebung des Genehmigungszwanges gerade für diejenigen Personen und Firmen, die die Kapitalflucht im größten Maße vornehmen, die Unwirtschaftlichkeit aller derartigen Maßnahmen.

Es ist verfehlt es sich mit der Bekämpfung der mittelbaren Kapitalflucht mit dem Herabsetzen des Exportwertes der exportierten Ware im Auslande zu befassen. Schon erklärt die Reichsfinanzverwaltung, daß zuzunehmen der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, Auslandszahlungen zu unterhalten, und mit der Vermeidung der Steuerhinterziehung ein Unterchied gemacht werden muß. Unter dem Deckmantel der „volkswirtschaftlichen Notwendigkeit“ wird den Kapitalisten ein beschämlicher Freibrief für die Kapitalflucht angedeutet.

Durch denartige Gesetze und Maßnahmen wird die Kapitalflucht nicht in geringster Weise eingedämmt. Die Kapitalflucht und die Verschleuderung des Vermögens ins Ausland kann nur durch Kontrolle der Arbeiterchaft verhindert werden.

Faszienuaufmarsch in Neapel.

Am 22. hat in Neapel der Kongreß der Fasziisten, der bis zum 24. Oktober andauern soll, begonnen. Der Kongreß wird von den Fasziisten zu einer großartigen Generalmobilisierung in Süditalien benutzt. Drei Tagen treffen fast gänzlich bewaffnete Truppen in Neapel ein. Es werden etwa 3 bis 4 hunderttausend fasziistische Divisionen in Stärke von je 1000 Mann zusammengezogen. Auch fasziistische Kavallerie sowie Infanteriekompanien werden entsandt. In der Stadt Neapel sind die Fasziisten in großen Gebäuden untergebracht, um die Unterbringung der Teilnehmer zu ermöglichen.

Die Regierung konzentriert 3000 Mann Truppen in Neapel. Es ist wahrscheinlich, daß die Fasziisten blutige Zusammenstöße mit der Arbeiterchaft provozieren werden.

Die ahnungslose Regierung.

Auf eine sozialdemokratische Reichstagsanfrage, worin die Vermutung ausgesprochen wird, daß die Landwirte absichtlich die Kartoffeln paralisieren, um höhere Preise zu erzielen, antwortet ein Regierungsvertreter, der Regierung sei von einer absichtlichen Zurückhaltung der Kartoffeln durch die Landwirte nichts bekannt. Die Regierung ist noch rechts hin von einer ähnlichen Raubrität (sich Willkürigkeit) befreit.

Frankreich — in seine Kolonialgebiete verwandelt wird. (Sie müssen sich natürlich zeitweilig mit der Machterhebung Frankreichs abfinden.) Die Produktionsmittel sollen durch Beteilung und Verkauf zu Sportweifen in die Verfügung des englischen und amerikanischen Kapitals gelangen; statt Fertigen sollen Rohstoffe für die angelsächsische Industrie produziert werden; die Lebenshaltung des Proletariats auf jenes der Kolonien herabgedrückt werden; die Kapitalisten sollen im Dienste des fremden Kapitals die Ausbeutung der Proleten für einen geringen Anteil am Profit besorgen, und durch die Machtmittel der Kolonialmächte gegen die soziale Revolution gesichert werden. Die ganze Welt soll in ein angelsächsisches Kolonialgebiet verwandelt, ein angelsächsisches Weltimperium geschaffen werden.

Dies ist die weltwirtschaftliche Perspektive der angelsächsischen Mächte, wobei jede natürlich sein eigenes Weltimperium aufzurichten will. Aber vor seiner Verwirklichung müßten vor allem die zwei imperialistischen Reiche: Japan und Frankreich, aus dem Felde geschlagen sein und ebenfalls zu Mächten dritten Ranges degradiert werden. Ein neuer Weltkrieg liegt auf dieser neuen Linie, wobei es durchaus nicht ausgemacht ist, daß die beiden angelsächsischen Großmächte in einem Lager sein werden.

Aber der Verwirklichung dieses Planes stehen außer der gegenseitigen Rivalität der vier imperialistischen Weltmächte noch andere Hindernisse entgegen: die revolutionäre Freiheitsbewegung der unterdrückten Kolonialvölker, der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats und Sowjetrußland. Es ist ein Wettlauf entgegengesetzter Kräfte. Die kapitalistischen Weltmächte wollen die Krise des Kapitalismus auf Kosten des Proletariats überwinden, indem sie die ganze Welt in das Kolonialgebiet einiger Großmächte verwandeln und auf diese Weise ein neues weltwirtschaftliches Gleichgewicht auf kapitalistischer Grundlage herstellen, wenn auch hierbei viele Millionen Proleten rasch oder langsam Hungers sterben und die Kultur Europas zugrunde geht.

Dem gegenüber steht die proletarische Konzeption der Diktatur des Proletariats in allen Kulturländern! Welches sind die Aussichten seiner Verwirklichung?

Sicherlich ist die Krise des Kapitalismus nicht überwunden. Wir sind mitten in einer Periode des Niederganges des Kapitalismus, was die objektive Möglichkeit einer siegreichen proletarischen Revolution schafft. Aber die objektive Möglichkeit ist noch lange keine Wirklichkeit. Die Herrschaft des Proletariats muß erkämpft werden! Die objektive Entwicklung selbst führt nie automatisch zum Zusammenbruch des Kapitalismus. Kampf! Das Proletariat nicht entschlossen revolutionär, so wird die imperialistische Weltkonzeption siegen, so wird die noch unentwickelten Gebiete dem Kapitalismus erschließen, wird frühere kapitalistische Länder in nicht kapitalistische — im Sinne Rosa Luxemburgs — zurückverwandeln, wird in weiteren Weltkriegern Millionen und Millionen Proleten dahingehauen, und auf Kosten des Proletariats seine wandelnde Herrschaft wieder aufrichten.

Die ist für größeres gekämpft worden, das Schicksal einer Welt ist der Kampfpreis. Wir wollen kämpfen!

*) Für Deutschland wurde dies von der internationalen Bankierskonferenz offiziell konstatiert. Nun beträgt der Betrag, den Deutschland wirklich verzinsen und amortisieren soll, bekanntlich 50 Milliarden Goldmark. Die Verschuldung des an Bevölkerung um ein halbes Drittel kleineren Frankreichs an England und Amerika beträgt ungefähr 70 Milliarden Papierfranz, gleich 33-35 Milliarden Goldfranz, also mehr als die Hälfte der tatsächlichen deutschen Reparationsverpflichtung.

**) „Der bezweifelt“, urteilt die National City Bank of New York im November 1923, daß unsere Märkte sich gegenwärtig in beider Verfassung befinden würden, wenn Großbritannien und Frankreich nicht am 15. Oktober ihre gemeinsamen Anleihen in New York geilligt hätten? ... Wenn sie die 400 Millionen Dollar nicht bezahlt hätten, so hätten sie um so viel mehr zum Ankauf unserer Erzeugnisse zur Verfügung gehabt. Der Mensch kann eben nicht im gleichen Maße Schulden tilgen und Wiedereinfuhr von Waren vollziehen.“ In Juni 1921 wiederholte die gleiche führende Finanzmacht: „Zurzeit sind wir mehr daran interessiert, daß Europa unsere Erzeugnisse kauft, als daß es alle Schulden begleicht. So liegen die Dinge noch immer. Die Zahlkraft Europas dient besser, sowohl nach unseren, wie nach den europäischen Interessen, zum Ankauf für amerikanische Produkte, die Europa braucht; und die sich bei uns im Ueberfluß angehäuft haben, als zur Abtragung von Schulden an unsere Regierung... Die hohen Devisenkurse, die in ganz Europa auf New York vorherrschten, bildeten aber ein schweres Hemmnis für unsere heutige Ausfuhr, und falls gar noch Regierungen von Schuldverhältnissen sich zum Bewußtsein mit der Geschäftswelt auf dem Weltmarkt aufschauen, werden diese Kurse noch mehr emporgedrückt. In einer Zeit, wo es für amerikanische Geschäftleute als wichtigste Frage gilt, durch Streikgewalt in Europa zum Käufer auf anderem Markt zu machen, wäre es für uns ein sehr schmerzliches Vorgehen (sinnlos), unsere europäischen Schuldner aufzuheben, alle ihre Zahlkraft auszuwenden, um an das Schatzamt der Vereinigten Staaten Schulden abzutragen.“ (Quelle nach Schipuel: „Amerikas Wirtschaft und Finanzlage“)

**) Der Stimm-Übertragungs, sowie die anderen leiber getroffenen Vorkautionen sind keineswegs geeignet, das Problem für Frankreich zu lösen. Es empfangt die Zahlungen in einer Form, die außerhalb des sich wiederholenden „normalen“ Betriebes des kapitalistischen Marktes liegen. Es ist aber bei weitem keine Lösung für Deutschland: die Forderung so großer Beträge ohne Gegenleistung, mag ihre Naturform wie immer sein, mag auf die gesunde deutsche Wirtschaft verhängnisvoll wirken.

**) Diese Mächte traten bei den Kreditverhandlungen mit Oberrecht am Markte zurück: Anlieferung der aufzuhaltenden Konvention an die Anglobank und die (transatlantische) Länderbank, Wahrung der gleichbedeutenden Sozialisten, Abschaffung des Abnahmestages.

Das Kommunistengesetz auf dem Marsche.

Im „Vorwärts“ vom Sonntag heißt es zu lesen: Die bürgerlichen Parteien bemühen sich mit allen Mitteln, bestmögliche Anordnungen zu treffen, um die Versammlungen der Kommunisten zu verhindern. Im Reichsbereich des Reichstages sind 3 Abgeordnete Dr. Rabbiner darauf hin, daß von einer Sondergesetzgebung es die Rede sein kann, wenn etwa Gerichte-Verhandlungen Sünden im Gesetz ergeben hätten. Dagegen verhalten die bürgerlichen Parteien auf ihrem Kongreß die meisten sogar der Befehl, diesen Antrag noch zu verhängen. Unmöglich war vorgeschlagen.

mit Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bis zu einer Million bestrafen zu können, der nicht bestmögliche Anordnungen, Festsetzungen oder Strafbestimmungen mit demselben über durch Abschaffung mit einem Verbotsgesetz verhindert oder strengt.

Darüber hinaus wollen die Sozialisten auch schon den Versuch für Krupp erklären, und die Möglichkeit geben, bei erkrankten Personen oder Geschädigten auf eine Tafel von 5 Millionen Mark zu verzichten.

Der Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte gegen den Brotwucher.

Unsere Reichstagsfraktion erhielt vom Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte folgenden Brief:

Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte
Berlin, den 23. Oktober 1922.

An die Reichstagsfraktion der SPD.
Berlin.

Werte Genossen!
Wir machen Sie in der Anlage mit einem Schreiben bekannt, das wir an das Präsidium des Reichstages richteten, und bitten Sie, unseren Wunsch auf das Werkstätten zu unterstützen.

Das Schreiben an das Reichstagspräsidium hat folgenden Wortlaut:
Berlin, 23. Oktober.

An das Präsidium des Reichstages
a. H. des Herrn Adde
Berlin.

Im Auftrage des Reichsausschusses der Betriebsräte erlaube ich Sie zu veranlassen, daß bei der Beratung der Erhöhung der Preise für das Umlagegetreide ein Vertreter des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte zugelassen wird.

Die Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände hat einen Umfang angenommen, der für die gesamte arbeitende Bevölkerung unerträglich geworden ist. Die ersten Gefahren, die aus der Verelendung der deutschen Arbeiterschaft und breiter Mittelschichten erwachsen, rechtfertigen, daß ein gewählter Vertreter der Betriebsräte, die den Kampf gegen die Teuerung begonnen haben, gehört wird, ehe ein so folgenschwerer Beschluß gefaßt wird, wie er nach den Veröffentlichungen über die Kommissionsberatungen in Aussicht steht.

Wir haben eine Abschrift dieses Briefes mit der Bitte um Unterstützung unseres Wunsches an die Fraktion der SPD, USV und KPD. gefaßt.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
gez. Brothe.
Die Politik der bürgerlich-demokratischen Koalitions-Regierung hat völlig Bankrott erlitten. Es ist selbstverständlich, daß der Reichstag, die sogenannte Tribüne des Volkes, die direkten Vertreter der Arbeiterschaft hören muß. Unsere Reichstagsfraktion wird sich mit aller Kraft für die Forderung des Reichsausschusses einsetzen. Was wird der sozialdemokratische Reichstagspräsident und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tun? Der Sozialdemokrat Sebering wies die Delegationen der Arbeiter ab; die uns Reichsparlamentarier. Werden die Sozialdemokraten im Reichsparlament den Vertreter der deutschen Betriebsräte abweisen oder werden sie an Seite der Kommunisten seine Zulassung durchsetzen?

Ich Herr Pfeiffer erklären, daß er lediglich auf Grund vollständig falscher Angaben über den Zweck des Bundes im Juli 1921 eine formale Beitrittserklärung abgegeben habe. Durch Zahlung von 10 Mark. Weiter hat er keine Verührung mit dem Bunde gehabt, dessen Bestrebungen er natürlich entschieden ablehne. Wie Pfeiffer Mitglied des Vorstandes dieses Schwindelbundes geworden ist, bleibt ein Geheimnis der ehrenwerten Leute für Freiheit und Ordnung.

Abbau der Gehälter und Löhne.

Eine bürgerliche Korrespondenz meldet, daß man in parlamentarischen Kreisen ernsthaft mit einer umfassenden Kontrolle der Entente von Deutschland rechnet. Die Finanzkontrolle soll nach den vorliegenden Nachrichten aus Paris, als eine der ersten Maßnahmen den Abbau der Löhne und Gehälter beschließen.

Abbau der Löhne und Gehälter, des Achtstundentags, werden ohne Zweifel die ersten Maßnahmen sein, die eine Ententekontrolle versuchen würde. Und daß die Ententebourgeoisie sich darin mit der deutschen Bourgeoisie finden werden, ist zweifellos. Die deutsche Bourgeoisie mag sie noch soviel nationale Redensarten schmeißen, wird die Finanzkontrolle begrüßen, die nur hilft, die Verelendung der deutschen Arbeiter noch weiter zu steigern.

An alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Vor wenigen Wochen forderten wir Euch, die arbeitende Jugend auf, am 1. Oktober teilzunehmen an den Willens- und Kundgebungen des Proletariats, gemeinsam mit den erwachsenen Arbeitern, flammenden Protest zu erheben gegen die Hunger- und Elend, unter denen vornehmlich die proletarische Jugend leidet. Auch gegen die Glaubwürdigkeit und Untätigkeit der Gewerkschaftsführer richtete sich diese Demonstration und brandmarkte ihren neuen Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft.

Der aktivste Teil der deutschen Arbeiterschaft hat überall seinen Betriebsräten die Führung des Kampfes übergeben. Dieser Bewegung müssen sich auch alle jungen Arbeiter anschließen. Der Reichsausschuss der Betriebsräte hat seinen Willen gezeigt, mit aller Energie sich auch für die Interessen des Jungproletariats einzusetzen. Auf der Tagesordnung des kommenden Reichsbetriebsräte-Kongresses steht auch der Kampf gegen die Verelendung der arbeitenden Jugend!

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen! Auf's neue wenden wir uns an Euch und stellen fest: Eure erbärmliche Lage wird von Tag zu Tag schächer. Die Preise aller notwendigen Lebensmittel steigen andauernd, während Eure Löhne immer wertloser werden. Eine ordentliche Bekleidung ist für viele Jugendliche zum Luxus geworden.

Zur gleichen Zeit nimmt das Schlemmerleben der Auswärtigen überhand. Nur mit den feinsten Delikatessen füllen sie sich den schon ohnehin wohlgenährten Bauch. Die kostbarsten Kleider füllen ihre Schränke. Sie sind eifrig bemüht, in ihren Winterpforten die besten Nahrungsmittel aufzubewahren.

Das Proletariat und seine Jugend dagegen ist den schwersten Leiden und Gefahren ausgesetzt. Not und Elend wachsen rasend an.

Über schon organisiert das Proletariat den Abwehrkampf. In vielen Orten bildet man Kontrollausschüsse und kauft zum Reichsbetriebsräte-Kongress, der Ende November stattfindet.

Das gibt auch für uns junge Arbeiter Gelegenheit, die Preise, die der Bewegung noch fernstehen, für diese zu befeuern und zu gewinnen. Das muß uns sehr ernst sein, nachdem der Reichsausschuss erneut seine Sympathie für die arbeitende Jugend bekundet hat.

Für das Jungproletariat Deutschlands ist ein wichtiger Beschluß gefaßt worden.

Nicht nur die Jugendfrage wird auf dem Kongress behandelt, sondern zugleich sollen die jungen Proletarier eigene Delegierte zum Reichsbetriebsräte-Kongress entsenden.

Das Reichsbetriebsräte-Gesetz entzieht die Jugendlichen und verbietet ihre Teilnahme an den allgemeinen Wahlen zum Reichsbetriebsräte-Kongress.

Der Reichsausschuss beschloß deshalb, daß alle Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren ihre Delegierten auf Bezirkskonferenzen wählen sollen.

Das bedeutet:

In allen Orten müssen die jugendlichen Arbeiter in Betrieben und öffentlichen Versammlungen zum Reichsbetriebsräte-Kongress Stellung nehmen und Delegierte wählen.

Die Delegierten der einzelnen Orte haben dann unverzüglich zur Bezirks-, bezw. Landeskonferenz zusammenzutreten, um die Wahlen zum Reichsbetriebsräte-Kongress vorzunehmen zu können.

Junge Proletarier Deutschlands!

Es gilt jetzt zu beweisen, daß Ihr den Anstrengungen und der erwachsenen Arbeiter nichts nachgeben wollt. Mit noch größerer Energie und Ausdauer müßt Ihr an die Arbeit gehen und sie vollenden.

Die kommunistische Jugend Deutschlands wird Euch bei dieser Aufgabe energisch unterstützen. Ihre Mitglieder werden kräftige Mitarbeit leisten.

Auf dem Reichsbetriebsräte-Kongress muß die proletarische Jugend aus allen Teilen Deutschlands durch Delegierte vertreten sein.

Berlin, am 21. Oktober 1922.

Zentrale der kommunistischen Jugend Deutschlands.

Schlesische Rundschau.

Gute Zeiten für Knüppel-Kunzel.

Das Mannheimer Schwurgericht verhandelte am Montag gegen vier Nationalsozialisten, die das Sprengstoffattentat auf der Mannheimer Börse am 15. September d. J. verübt hatten. Die Geschworenen verneinten sämtliche Fragen, die sich auf das Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz bezogen. Sämtlichen Angeklagten, mit Ausnahme von einem, wurden mildernde Umstände zugestanden: sie wurden zu Strafen von 2 Jahren, 9, 6 und 2 Monaten verurteilt. Das Gericht erklärte, das Urteil gegen den zu 2 Jahren Verurteilten sei zu hart ausgefallen und setzte den Fall erneut zur Verhandlung fest.

Ohne Zweifel ist es ein mildebrüder Umstand, Anhänger Knüppel-Kunzel zu sein. Wie es ein erschwerender Umstand für die bürgerliche Klassenjustiz ist, wenn man nicht für die reaktionäre, sondern für die Sache der Revolution eintritt.

Krach in der USPD. Oberschlefiens.

Eine Parteikonferenz der „Vereinigten“, die sich mit dem Aufstellen von Kandidaten beschäftigte, endete mit Krach. Stets führende Mitglieder der USPD, verließen unter Protest die Konferenz.

Auch ein Teil der früheren USPD-Mitglieder schlossen sich der Opposition an. Die Aufstellung der Kandidaten Komal und Baron hat große Erbitterung hervorgerufen. USPD- und USV-Arbeiter aus Ralibor haben schriftlich und mündlich mitgeteilt, daß sie niemals Baron und Komal ihre Stimmen geben würden.

Die USPD-Diplomaten versuchten noch einmal, den Riß zu verkleinern. Sie haben eine neue Konferenz einberufen, an der auch ein Vertreter des Parteivorstandes teilnehmen soll. Auch die Oppolner USPD- und USV-Arbeiter sind mit der Kandidatenliste ihrer Partei nicht einverstanden. Sie erheben Einspruch gegen die Aufstellung des Herrn Ghras, der sich durch nichts von einem Deutschnationalen unterscheidet. Sogar kommt, daß noch ein halbes Dutzend gefürchteter und verärgertes Führer ein Mandat, mindestens aber eine Kandidatur ergattern möchten. An den Folgen ihrer korrupten und grundlos politischen USPD-Führer, die sich nicht scheuten, mit den Deutschnationalen zusammen Wahlaufrufe zu unterschreiben, geht die ober-schlesische ehemalige USPD zugrunde.

Weit über die Hälfte der Delegierten auf der erwähnten Konferenz waren wie uns mitgeteilt wird, Angehörige der Gewerkschaften und Parteien, sodas die Klauenbildung den besten Boden fand.

Bezirksrat des Mieterschutzverbandes Waldenburger Bergland.

Am Sonntag, den 15. Oktober, tagte im „Weißen Ross“ zu Altkaller der Bezirksrat des Mieterschutzverbandes im Waldenburger Bergland. Von 46 Ortsgruppen waren 83 Delegierte erschienen. Gleichzeitig hatten eine Anzahl Städte und Gemeinden Vertreter entsandt. Auch der Kreisvorstand der Hausbesitzer war geladen und erschienen. (Das hat nichts geschadet, wenn nur die Herren die Lehren annehmen, die ihnen mitgegeben wurden.) Zwei Vorträge, und zwar über „Wohnungspolitik in den Gemeinden“ von Geschäftsführer Auer und „Die Durchführung des Reichs-

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

Mija hörte ihn an und suchte sich ein Bild von dem Kaufmann Stroganow zu machen. Er stellte sich sonderbarerweise vor, daß der Kaufmann dem Großvater Teremej ähnlich sehen würde, daß er ebenso dürr, ebenso gutmütig und umgänglich sein würde. Als er jedoch in dem Fischladen anlangte, sah er dort hinter dem Schreypult einen großen Mann mit einem schiefen Scherhaub. Auf dem Kopfe hatte er nicht ein einziges Haar mehr, sein Gesicht jedoch war von den Augen an den Hals hinunter mit einem dichten roten Bart bedeckt. Seine Augenbrauen waren gleichfalls dicht und rot, und unter ihnen liefen ein paar kleine, grüne Augenleinern hin und her.

„Berneig dich!“ flüsterte Petruscha Mija zu, indem er mit den Augen nach dem rotbäckigen Manne hin wankte. Mija schüttelte den Kopf auf die Brust sinken.

„Wie heißt er?“ dröhnte eine tiefe Bassstimme durch den Laden.

„Mija ist sein Name!“ antwortete Petruscha.

„Na, Mija, halt mir ja die Augen offen und geh acht! Ich gibt's für dich niemanden sonst in der Welt als einen Prinzipal! Weder Verwandte noch Bekannte — hast du verstanden? Ich bin dir Vater und Mutter — weiter ist dir nichts zu sagen.“

Mija ließ seinen Blick heimlich durch den Laden schweifen. In Körben mit Eis lagen ungeheure Stöcke und Bälle, in Schubern an den Wänden waren schweißweiße gedörrte Zander und Karpien aufgestapelt, und überall hantelten blecherne Dosen, die durchdringender Geruch von Salzlake erfüllte die Luft. Es war stickig, eng und feucht in dem Laden. Auf dem Boden schwammen in großen Bottichen langsam und geräuschlos die lebendigen Fische — Sterlets, Aukampen, Barsche, Hele. In einem der Gefäße tummelte sich ein kleiner Hecht und schob im Wasser. Rief die anderen Fische und riefte mit heftigen Schwanzschlägen das Wasser über den Boden. Mija hatte Mitleid mit dem armen Kerl.

„Einer der Kommiss — ein kleiner, hider, Mensch mit den Augen und einer Hafennase, der eine große Achsel mit einem Mija hatte — hieß Mija die abgetrockneten Fische mit dem Bottich herausnehmen. Der Junge freifte seine Achsel auf und griff auf Geratewohl in das Wasser hinein.

„Schäpste seinen Fingern und begann frampfhaft im Wasser hin und her zu schieben, und stieß mit dem Kopfe gegen die Wandung des Gefäßes.“

„Stimmer munter, munter!“ kommandierte der Kommiss. „Aber Mija hatte sich an einer spitzen Stoffspitze in den Finger gestochen, und er steckte ihn nun in den Mund und begann daran zu saugen.“

„Nimm den Finger aus dem Munde!“ ertönte die Bassstimme des Prinzipals.

Dann gab man dem Jungen ein großes, schweres Beil und hieß ihn in den Keller gehen und dort Eis zerhacken — so daß es sich gleichmäßig lagerte. Die Eisplättchen sprangen ihm ins Gesicht und glitten ihm hinter den Tragen, es war kalt und dunkel im Keller, und das Beil schlug, wenn er unvorsichtig damit hantierte, gegen die Decke. Nach ein paar Minuten kam Mija, von oben bis unten naß, aus dem Keller herauf und erklärte dem Prinzipal:

„Ich hab' dort irgendem Glas zerhackt.“

Der Prinzipal sah ihn aufmerksam an und sagte: „Das erstmal verzeih' ich dir — und zwar deshalb, weil du es selbst gefaßt hast ... Das nächstemal — reich ich dir die Ohren ab.“

Ganz mechanisch lebte sich Mija nach und nach in seine neue Umgebung ein — wie eine kleine Schraube sich in eine große, lärmende Maschine einfügt. Er stand um fünf Uhr des Morgens auf, wusch die Stiefel des Prinzipals, seiner Familie und der Kommiss, ging dann in den Laden, setzte ihn aus und wusch die Fische und Baggshalen ab. kamen die Kunden, so reichte er die Ware zu und trug sie in die Wohnung der Käufer, dann kehrte er wieder heim, um zu Mittag zu essen. Nach dem Mittagessen gab es wenig zu tun, und wenn man ihn nicht irgendwohin schickte, stand er in der Ladentür, schaute auf das Marktreiben und sann darüber nach, welche Umhangen von Fischen, Fleisch und Obst sie verzehren! Einmal fragte er den Kommiss, der einem Mija ähnlich war:

„Michail Ignatitsch!“

„Na — was denn?“

„Was werden denn die Menschen essen, wenn sie alle Fische gefangen und alles Vieh geschlachtet haben?“

„Dummkopf“, antwortete ihm der Kommiss.

Ein anderes Mal nahm er ein Zeitungsblatt vom Ladentisch, stellte sich damit in die Ladentür und las darin. Der Kommiss aber rief ihn die Zeitung aus den Händen, gab ihm einen Rasenstüber und sagte grob:

„Wer hat dir, das erlaubt, he? Sfel ...“ Dieser Kommiss gefiel Mija durchaus nicht. Wenn er mit dem Prinzipal sprach, begleitete er fast jedes Wort mit einem ehrerbietigen, pfeifenden Zahnklaut, hinter dem Rücken aber

nannte er den Kaufmann Stroganow einen Betrüger, Heuchler und rotthaarigen Teufel. An jedem Sonnabend und vor den Feiertagen, wenn der Prinzipal zur Abendandacht in die Kirche gefahren war, bekam der Kommiss Besuch von seiner Frau und Schwester, und denen gab er dann ein ganzes Paket mit Fischen, Kaviar und Konserven mit. Einen Hauptpaß machte es dem Kommiss, arme Bettelkinder zu foppen, unter denen so mancher alte Mann war, der Mija an Großvater Teremej erinnerte. Wenn solch ein Alter in die Ladentür trat und sich demütig verneigend, um ein Almosen bat, nahm der Kommiss einen kleinen Fisch beim Kopfe und reichte ihn dem Armen hin, und sobald dieser zusahste, stach er sich an den Rücken des Fisches den Handteller blutig. Der Bettler juckte vor Schmerz zusammen, der Kommiss aber lachte höhnisch und schrie zornig auf ihn los:

„Willst ihn nicht? Ist's dir zu wenig? Mach, daß du fortkommst!“

Einmal hatte eine alte Bettlerin ganz leise einen gedörrten Jansen genommen und in ihren Lumpen verbergen. Der Kommiss hatte es bemerkt — er packte die Alte beim Widel, nahm ihr den gestohlenen Fisch wieder ab und schlug sie mit der rechten Hand von unten nach oben übers Gesicht. Sie ließ nicht einen Schmerzenslaut hören und sprach nicht ein Wort, sondern ging schweigend, mit vorgebeugtem Kopfe hinaus, und Mija sah, wie aus ihrer zerhackenen Nase das dunkle Blut in zwei Strömen niederrann.

„Hast du dein Zeil gefriert?“ rief der Kommiss hinter ihr her.

Und zu dem zweiten Kommiss Karp gewandt, sprach er: „Ich hoffe dieses Bettlervolk ... Müßiggänger sind's! Gehn betteln — und sind dabei satt! Die wissen gut zu leben ... Die Brüder Christi nennt man sie. Und was bin ich denn für Christus? Bielleicht ein Fremder? Ich dreh' und winde mich mein ganzes Leben lang, wie ein Würm in der Sonne — und finde keine Ruhe, werd' ein niemand geachtet.“

Der zweite Kommiss, Karp, war ein schweigsamer, frommer Mensch. Er sprach nur von Kirchen, Kirchenfängern und Andachtsübungen und war jeden Sonnabend sehr heunruhigt bei dem Gedanken, daß er zur Abendandacht zu spät kommen könnte. Außerdem interessierte er sich für allerhand Zäpfchen-Vielerkäufe, und wenn in der Stadt sich irgendein „Magier und Zauberkünstler“ produziert, ging Karp sicher hin, um sich ihn anzusehen ... Er war hochgewachsen, mager und von großer körperlicher Gewandtheit; wenn die Kunden sich im Laden brühten, wand er sich zwischen ihnen wie eine Schlange hindurch, lächelte allen zu, plauderte mit allen und schielte dabei beständig nach der großen Gestalt des Prinzipals, als ob er vor diesem mit seiner Geschicklichkeit prahlen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

„Mietengesetz“ von Geschäftsführer König, standen auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung. Geschäftsführer Auer führte aus: An eine schnelle Behebung der bestehenden Wohnungsnot ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen (der kapitalistischen Anarchie. Der Berichterst.) nicht zu denken. In Deutschland fehlten bei Kriegsende 400 000 Wohnungen. Diese Zahl ist auf 1 1/2 Million gestiegen. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die schon seit der Hausbesitzer so sehr gewünscht wird, würde diese Not nur vergrößern. Da sich die Herstellung neuen Wohnraumes so ungeheuer teuer stellen würde, muß versucht werden, geordnete Zustände im alten Wohnraum zu erhalten. Dazu seien folgende Voraussetzungen notwendig:

1. ein vollkommenes Wohnungsstatistik, das jede Wohnung und sonstige Räumlichkeiten in der Gemeinde nachweist;
2. eine genaue Nachweisung der Wohnungsuchenden, nach Wohnort und Dringlichkeitsgruppen gefordert — der Dringlichkeitsgrad muß auf Grund örtlicher Nachprüfung der Wohnungs-, Familien- und Wirtschaftsverhältnisse der Wohnungsuchenden erfolgt sein, das Gleiche gilt für Bewerber auf gewerbliche Räume — die von Zeit zu Zeit auf ihre weitere Gültigkeit und Vollständigkeit nachgeprüft werden muß;
3. eine sorgfältige Listenführung über die freizulassenden und neuerrichteten Wohnungen und etwa verfügbare gewerbliche Räume nach ihrer Lage, Größe und Beschaffenheit in enger Zusammenarbeit mit den übrigen Ämtern der Gemeinde (ein Kollidieren der Wohnungämter mit den Einigungsämtern ist zu vermeiden);
4. eingehende statistische Beobachtungen der Bevölkerungsbewegung;
5. Befehung des Wohnungsamtes mit den tüchtigsten Beamten, die zwar Gefühlsausbrüchen nicht nachgeben, aber auch lokales Empfinden haben;
6. einen Wohnungsausschuß, dem Vertreter der Gemeinde, der Mieter und Vermieter angehören. Diese Wohnungskommission muß so zusammengesetzt sein, daß in jeder Beziehung die Mitglieder derselben von der Allgemeinheit in Schutz genommen werden.

Redner zeigte dann an Hand von Beispielen, daß auch noch aller Wohnraum zu erschaffen sei, wenn nur erst einmal mit dem Zwangs-Sinquartierungsgebot Ernst gemacht würde. Viel zu wenig sei die Industrie herangezogen worden, auch in dieser Beziehung hätte die Regierung viel nachzuholen. Das Wohnungsbaugesetz sei unzulässig. Diese Abgabe müßte nach dem Einkommen des einzelnen gestaffelt werden. Die Gemeinden geben sich die größte Mühe, die Wohnungsnot zu lindern, leider fehle es an den nötigen Mitteln. Die Regierung müßte verpflichtet werden, aus staatlichen Mitteln billigen Bauholz zu liefern. Sie muß endlich zu durchgreifenden Maßnahmen schreiten, ehe es zu spät ist. (Da wird man allerdings lange warten können!)

Danach referierte Geschäftsführer König. Besonders hervorzuheben ist, daß erst wenige Gemeinden den Mut gefunden haben, an die Durchführung des Reichsmietengesetzes zu gehen. Das Hauptaugenmerk müßte auf die Funktionen der Mietervertretung gerichtet werden. Von bestimmter Seite würde immer wieder versucht, das Gesetz zu sabotieren. Besonders zu vermerken sei die Zersetzung der preussischen Landesbehörde, dauernd mit Geheimnissen zu arbeiten. Bei einer so gut organisierten Mieterkraft, wie es die des Waldenburger Bezirkes ist, wird das Reichsmietengesetz, trotz aller Rückschümelei, richtig zur Durchführung kommen.

Gemeindevorsteher Michaelis-Neu-Salzbrunn sprach als erster in der Diskussion. Besonders wichtig war, zu erfahren, wie die Mittel der Allgemeinheit zu Spekulationszwecken bewahrt werden. Ein Eigentümer von zwei von der Erbauung erbauten Häusern hat ein verkauft und zwar zum doppelten Preise der Herstellung. Auf eine Anfrage beim Regierungs-Kanzler Weger gab dieser Bescheid, dagegen ließe sich nicht viel unternehmen. Magistratsrat Bejrens empfahl den Bau von Baracken zur Linderung der Wohnungsnot. (Ob er wohl im ganzen Winter darin frieren will?)

Frau Reichstagsabgeordnete Anzorge erklärte: Vermieter Waldenburger seien beim Wohnungsmietengesetz gewesen, um eine besondere Unterstützung für Waldenburg herauszubekommen. Die Vertreter wurden aber abgewiesen mit dem Bemerkens: die dortige Industrie sei noch zu wenig zum Wohnungsbau herangezogen worden! Dabei trügen die Sozialdemokraten aber die Schuld daran!

Herr Kretschmer, Kreisvorsitzender der Hausbesitzer, gab zu, daß die Hausbesitzer zurzeit der Hochmieten-Verordnung noch Gedulde machen können, was beim Reichsmietengesetz nicht mehr der Fall sei. Geschäftsführer Auer hielt dann das Schlüsselwort und gab seiner Freude Ausdruck über das Verhalten des Hausbesitzervereinvorsitzenden.

Nach der Mittagspause referierte Geschäftsführer König über die Lehren der Mietereinigungsämter-Zusammenkunft in Kassel. Die Mieterschaft trat nicht als geschlossenes Ganzes auf. Auch die Gewerkschaftsführer, die dort erschienen waren, nahmen keine klare Stellung ein. Die Hausbesitzer schließen sich mit der Industrie und dem Grundbesitz zusammen. Für uns muß das Signal zum Handeln sein. In einem gewissen Fortschritt ist es auch in dieser Beziehung schon gekommen; das beweisen vor allem die Ausführungen des Geschäftsführers Auer. Es haben sich schon politische und gewerkschaftliche Organisationen mit dem Bundesverband Mietervereine zusammenschlossen, um das Bundesprogramm (Demokratische im Wohnungsbau) zur Durchführung zu bringen. Das Gewerkschaftsamt Waldenburg scheint sich allerdings nicht um die Einleitung der Spitzenorganisation zu kümmern, denn es beachtet die Mieterorganisation so gut wie gar nicht.

Präsidentenverbandsvorsitzender Müller kritisierte das Verhalten des Siegauer Bezirkesvorstandes, deren Leiter ein Schädling der Mieterbewegung zu sein behauptet. Ein Zusammenarbeiten mit den Hausbesitzern hält er vorläufig nicht für möglich. König-Anarabäl hat mehrfach die Ausführungen des Geschäftsführers Auer betreffs der Wohnungsbaugesetze und fügte hinzu, daß diejenige Schicht des Volkes, welche ein Einkommen unter 100 000 Mark hat, schon demut mit direkten und indirekten Steuern belastet ist, daß sie von der Wohnungsbaugesetze vollständig befreit sein müßte. Darüber hinaus müßte die Abgabe nach Einkommen und Vermögensverhältnissen gestaffelt werden. Die Industrie müßte verpflichtet werden, für die Arbeiter Wohnungen zu bauen. Bestmüherlich sei das Verhalten des Gemeindevorstandes Waldenburg. Die organisierten Mieter, welche ja zum größten Teil den dem Gewerkschaftsamt angehörenden Organisationen angehören, werden mit der Sanierung einmal ein demütiges Wort reden müssen. Dann müßten auch Schritte eingeleitet werden, um der Siegauer Mieterkraft zu helfen, denn letztere müßte die ganze Mieterbewegung darstellen. Dann sollte auch beachtet werden, mit dem Verein Breslauer Mieter eine Herbeiführung herbeizuführen. Es sei notwendig, denn genau so wie sich der Hausbesitz organisiert zu einer ungeheuren Macht, müßte auch die Mieterschaft ein geschlossenes Ganzes bilden. Den Gedanken einer Arbeitsgemeinschaft mit den Hausbesitzern müßten wir vollkommen ablehnen, denn wir würden uns verkaufen, dann erkennen wir den Hausbesitzern als gleichberechtigt an und bekräftigen seine Gültigkeit, die er auf keinen Fall hat.

Am Schluß der Debatte gelangte folgende Entschliessung zur Annahme:
Die deutsche Mieterschaft erwartet von der Reichsregierung, daß sie

- a) dem Wohnungsbau bis zur endgültigen Neuverteilung der Wohnungsabgabe hinreichendes Kapital auf dem Wege eines schnell flüssig zu machenden Reichsbretts zur Verfügung stellt;
 - b) die auf dem Baumarkt tätigen gemeinnützigen Organe zu einem Konföderationsring zusammenschließt, der der Ausweitung der gemeinnützigen Verbraucher durch Syndikate und Kartelle entgegenzutreten hat;
 - c) zur Entlastung der städtischen und großstädtischen Wohnungsnot die ländlichen Gemeinden mit 2000 Einwohnern und darunter zwingt, auf je 500 Einwohner mindestens eine Kleinwohnung auf eigenen Mitteln zu erbauen.
- Zur Beitragsfrage gab Bezirksleiter Schmidt einen Bericht, aus dem zu ersehen war, daß eine Beitragserhöhung notwendig sei. Folgender Beitrag an den Bezirk wurde beschlossen: für Oktober 7 Mk., November 8 Mk., Dezember 10 Mk. Die Referentengebühr, welche an den Bezirk zu zahlen

Die Parteischule beginnt

Sonnabend, den 28. Oktober, pünktlich 8 Uhr morgens, in der „Wraslawia“

ist, wurde auf 150 Mk. festgesetzt. Ein Antrag, welcher besagt, daß auch die Redigen über 18 Jahre zur Wohnungsbaugesetze mit beitragen sollen, wurde angenommen. Mit einem Hoch auf die Mieterbewegung schloß der Bezirksvorsitzende Strohscheld die inhaltreiche Sitzung.

Aus der Versammlungstätigkeit.

Rohstock.

Am 18. Oktober hielt die Ortsgruppe Verlachsdorf in Rohstock eine öffentliche Volksversammlung ab, in der Gen. Hamann über das Thema: „Wie kommen die Arbeiter aus dem Elend?“ sprach. Sein Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion ergriff der Student der Medizin, Rütke jun. (Thomaswaldbau) das Wort. Derselbe Rütke, der schon vor langer Zeit den Marxismus übernommen hat, wagt noch immer, in Arbeiterversammlungen zu reden. Mit der heutigen Demokratie ist er voll und ganz zufrieden. Als er seine raue Rede beendete, riefen die ganzen SPD-Hauptlinge in schnellstem Tempo dem Ausgang zu, ohne das Schlüsselwort des Genossen Hamann abzuwarten. Aber eine Gruppe der Besucher blieb dennoch da, und so konnte der Referent, Gen. Hamann, sein Schlüsselwort halten. Es wurden zahlreiche Broschüren verkauft. Auch konnte festgestellt werden, daß drei Genossen ihren Uebertritt von der SPD zur KPD erklärten. Nun freudig weiter ans Werk!

Gewerkschafts-Bewegung.

Landarbeiter für den Reichsbetriebsräte-Kongreß.

Die Kreisversammlung des OVB der Amtshauptmannschaft Leipzig, am Sonntag, den 22. Oktober, nahm unter anderem auch eine Entschliessung an, die sich für die Beteiligung am Reichsbetriebsräte-Kongreß am 29. Oktober ausspricht. Von den vierhundert anwesenden Betriebsräten und Funktionären stimmten nur 2 gegen diese Entschliessung. Zum Betriebsräte-Kongreß wurden 10 Delegierte zu entsenden beschlossen.

Eine Bergarbeiter-Versammlung in Langwaltersdorf

Am Sonntag, den 15. Oktober, statt. Als Referent war Betriebsratsobmann Genosse Reich aus Hermsdorf erschienen. Er hielt einen Vortrag über die letzten Kohnerhöhungen und den neuen Manteltarif. Der Referent legte dar, daß die Unternehmer zu keiner Kohnerhöhung mehr zu haben gewillt sind. Es wurden 50 Prozent Kohnerhöhung gefordert, was aber von den Unternehmern abgewiesen wurde. Das Schiedsgericht wurde angerufen, das auch ohne Unternehmer verhandelte. Der Schiedsspruch hatte für 150 Mk. für niederösterreichische Bergarbeiter 130 Mk. festgelegt. Sodann sprach er über die Sozialfrage und über den neuen Manteltarif und erläuterte denselben. Ueber die Verhandlungsmarkten sprach der Genosse Feiler. Derselben sind angekommen und die Mitglieder können sie in Raten zu 5 Mk. oder auch ganz haben. Sodann wurde die Beitragserhöhung für Oktober bekanntgegeben: Freiwillige 55 Mk., Unterlagsarbeiter 50 Mk., Uebertagsarbeiter 45 Mk., Frauen 35 Mk. und Jugendliche 25 Mk. pro Woche. — Kamerad Schröder stellte den Antrag, dem Kameraden Hübner, der durch längere Krankheit in Not geraten ist, aus der Unterstützungskasse eine Unterstützung zu gewähren. Es wurde beschlossen, dem Kam. Hübner 500 Mk. und der Frau Kämmerer soll die laufende Unterstützung von 40 auf 100 Mk. erhöht werden. Dem Arbeiter-Verein soll eine Unterstützung zum Festen der Jugendpflege gewährt werden. — Nach Erledigung seiner Angelegenheiten fand die Sitzung ihr Ende.

Lozales.

Den Schiebern.

Gott verlaß uns mit zwei Händen,
Daß wir doppelt Gutes spenden,
Nicht um doppelt zuzugreifen
Und die Beute anzuhäufen
In den großen Erdentrüb,
Wie gewisse Leute tun —
Ihren Namen anzuschreiben,
Dürken wir uns nicht erlauben —
hängen würden wir sie gern,
Doch sie sind so große Herrn!
Phantastropen, Christenmörder,
Manche sind auch meine Gönner,
Und man macht aus deutlichen Eichen
Keine Galgen für die Reichen.

Richard Heine.

Breslau.

Zur Durchführung des Reichsmietengesetzes. Anstelle über die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes, sollte die große Informationsarbeit und insbesondere den Auswahlschritt betreffen, werden im Magistratsbüro 22, Nieder-Platz 14, Hofeingang 2, Zimmer 15a (Fernsprecher Magistrat 413) an den Beratern, außer Mittwoch und Sonnabend, in der Zeit von 9 bis 12 Uhr mittags erteilt. Dort werden an denselben Tagen und zu derselben Zeit auch die Antragsordnungen für Bewilligung von Mitteln aus dem Anwahlschritt für große Informationsarbeiten ausgegeben.

Fellhammer.

Ein politischer Sammelabend veranstaltete die hiesige K. P. am Sonntag, den 29. Oktober, zu dem alle umliegenden Ortsgruppen herzlich eingeladen sind. Die kommunistische Jugend Waldenburg-Dietrichsdorf wird diesen Abend durch Spezialaufführungen verschönern helfen. Genossen, nehmt teil an diesem Abend teil und bringt die kapitalistische Jugend mit.

Langwaltersdorf.

Der Arbeiter-Verein „Frisch-Vorwärts“ konnte seiner Mitglieder-Versammlung wieder gute Erfolge buchen. Es wurden eine Anzahl Neuaufnahmen gemacht. Ferner konnte mitgeteilt werden, daß die Sammlung in der Gemeinde zur Anschaffung von Geräten eine Summe von 3989 Mark ergeben hat. Die Mitglieder, die Gelder auf Antelsscheinen zeichnen wollen, können sich beim Vorliegenden, Ad. Adam melden. Das Eintrittsgeld wurde auf 5 Mk. erhöht, das der Jugendlichen auf 2 Mk. Es wurde ferner beschlossen, am 29. Oktober ein Vergnügen mit turnerischen Aufführungen zu veranstalten. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten geregelt wurden, wurde die Versammlung mit einem Freizeitspiel geschlossen.

Der Arbeiter-Verein „Frisch-Vorwärts“ liegt sich veranlaßt, für die überaus große Sammlung zur Anschaffung von Geräten allen Spendern der Gemeinde hierdurch den herzlichsten Dank auszusprechen.

Briefkasten.

Oberberg. Genosse Erich K. Den Bericht von der Gewerkschaftsversammlung haben wir bereits gebracht.

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Bezirksleitung.

Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 883.
Adresse: Alfred Delpner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto Breslau 68864, Alfred Delpner.

Agitationskreis Breslau.

Breslau. Um die Finanzierung unserer Ortsgruppe in eine geordnete Bahn zu bringen, ist eine pünktliche Kassenabrechnung unbedingt erforderlich. Die Bezirksleiter werden ersucht, bis zum 28. Oktober für diesen Monat abzurechnen. Eine geordnete Kassenabrechnung hebt unser Finanzwesen. **Produktionsgenossenschaft.** Freitag, den 27. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im Büro: Verwaltungssitzung. **Dittorf 14/15.** Freitag, den 27. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: findet eine Bezirksversammlung im Lokal Seife, Wabigstraße 6, am Eisenbahntunnel statt. Erscheinen jedes Genossen und jeder Genossin ist Pflicht. **Margareth.** Sonnabend, den 28. Oktober, abends 7 1/2 Uhr findet in Kretschmers Gasthaus eine Mitglieder-Versammlung statt. Erscheinen eines jeden Genossen ist Pflicht.

Agitationskreis Langenbielau.

Langenbielau. Sonnabend, den 28. Oktober, bei Dintwichtige Funktionärsitzung. Das Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt notwendig.

Ober Fellau 2.

Sonntag, den 29. Oktober 1922, vorm. 9 Uhr: Offene Mitglieder-Versammlung im Gasthof „Schwarzer Bär“. Alle Mitglieder und Sympathisanten sind herzlich eingeladen.

Agitationskreis Lauban.

Gewerkschaftsfunktionäre. Am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 9 Uhr, treffen sich alle Gewerkschaftsfunktionäre der Ortsgruppen Lauban, Lichtenau, Geißsdorf, Langenbielau, Schöndorf, Greiffenberg, Messersdorf, Marissa und Hennig-Neubertsdorf im Volkshaus Lauban. Berichterstattung von der Reichskonferenz und der 3. internationalen Bergarbeiter-Konferenz durch die Ortsgruppen Reichel und Melzer.

Agitationskreis Oppeln.

Oppeln. Am Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr findet eine Kreisversammlung der KPD, Kreisleitung Oppeln statt. Tagungsort: wird noch durch Rundschreiben an die Ortsgruppen und Vertrauensleute bekanntgegeben.

Agitationskreis Striegau.

Freiburg. Donnerstag, den 26. Oktober, 7 Uhr abends: Zusammenkunft des Marxistischen Bildungszirkels „Buchwald“, Mittelzimmer. Pünktlichkeit ist Pflicht.

Agitationskreis Waldenburg.

Oberes Revier. **Fellhammer.** Sonntag, den 29. Oktober, vorm. 9 Uhr findet im Gasthof zum Wapenschacht unsere Mitglieder-Versammlung statt, wozu alle Mitglieder herzlich eingeladen sind. Am Abend von 6 Uhr ab findet im selben Lokale unser Familienabend statt. Hierzu sind auch Zeitungsleser herzlich eingeladen.

Kommunistische Jugend.

Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto: Breslau 675 45 Max Gläser.

Agitationskreis Breslau.

Jugendfunktionäre. Freitag, den 27. 10. abends 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung. Der reichhaltigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Funktionärs und 10 Ortsgruppenführer, zu erscheinen. Minoritäten 3/5, Schule.

Agitationskreis Waldenburg.

Ortsleitungssitzung: Sonnabend, den 28. abends 8 Uhr im Jugendheim.

Beauftragter Reklamier: Karl Gräß; Inserate: 10 3/4 per. Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, a. S. u. S., sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus.

146 Operntheater, Telefon 2. 246

Donnerstag 7 1/2 Uhr **Die Bajadere**

Freitag 7 1/2 Uhr **Die Tanzgräfin**

Sonnabend, 7 1/2 Uhr **Prinzessin Orla**

Sonntag nachm. 8 1/2 Uhr **Die beiden Nachtigallen**

Sonntag 7 1/2 Uhr **Prinzessin Orla**

Liebig-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr **Das grosse Oktober-Programm**

235

Zeltgarten

Täglich 8 Uhr **Das grosse Varieté-Programm**

110

Carl Schirdewan

Kornbrennerei - Klosterstr. 10

kauft eigene Brauwasser- und Likörfaschen

1/1 u. 3/4 zu Mk. 40.

1/2 u. 3/8 zu Mk. 30.

Weinflasch. zu Mk. 30.

das Stück zurück.

236